

BMJ - I 2 (Sachen-, Schuld- und Wohnrecht)

An
die Empfänger des Verteilers

+43 1 521 52-0
Museumstraße 7, 1070 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an team.z@bmj.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2025-0.748.943

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch
und das Konsumentenschutzgesetz geändert werden (Zivilrechtliches
Indexierungs-Anpassungsgesetz - ZIAG);

Versendung zur allgemeinen Begutachtung

Das Bundesministerium für Justiz übermittelt den oben angeführten Entwurf und ersucht um
allfällige Stellungnahme bis spätestens

17. Oktober 2025

per E-Mail an die Adresse team.z@bmj.gv.at.

Falls bis zu diesem Termin keine Stellungnahme einlangt, wird angenommen, dass keine
Bedenken gegen den Entwurf bestehen.

Es wird gebeten, die Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrats zu übersenden, und
zwar

- die Bundesministerien über die ELAK-Schnittstelle,
- alle anderen Stellen über die Internetsite
<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>.

Soweit dieser Entwurf den Landesgerichten oder Teilorganisationen direkt übermittelt wird,
werden diese gebeten, ihre allfällige Stellungnahme der jeweils übergeordneten

Organisationseinheit eine Woche vor Ende der Begutachtungsfrist für eine allfällige konsolidierte Stellungnahme zu übermitteln.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBI. I Nr. 35/1999; die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

2. Oktober 2025

Für die Bundesministerin:

i.V. Mag. Michael Aufner

Elektronisch gefertigt